

EUROPAS MINDERHEITEN INTERNATIONALE KONFERENZ IN BERN

«Regionen spüren ein Demokratiedefizit»

Die schottische Politologin Eve Hepburn debattierte gestern an einer internationalen Konferenz in Bern mit Wissenschaftlern, Diplomaten und Politikern über die Selbstbestimmung von Minderheiten in Europa. Im Interview sagt sie, warum der Ruf nach Unabhängigkeit wieder erstarkt ist.

Haben Sie ein Ja oder ein Nein für die Unabhängigkeit Schottlands in die Urne gelegt?

Eve Hepburn: Als Wissenschaftlerin, die sich mit Separationsbestrebungen von Minderheiten auseinandersetzt, muss ich meine akademische Neutralität und Objektivität wahren. Ich bitte deshalb um Verständnis, dass ich mein Votum für mich behalte. Nur so viel: Ich habe meine Stimme abgegeben und sogar meinen Sohn in die Wahlkabine mitgenommen.

Warum haben sich die Schotten gegen die Unabhängigkeit entschieden?

Die Frage, ob Schottland den Alleingang wirtschaftlich hätte bewältigen können, sorgte für grosses Unbehagen. Die Schotten fragten sich, was mit ihren Hypotheken, ihren Löhnen und ihrer Altersvorsorge geschehen würde. Am meisten Unsicherheit herrschte nämlich darüber, welche Währung ein unabhängiges Schottland haben würde – den Euro oder das Pfund?

Ohne starke Wirtschaft keine Unabhängigkeit für Minderheiten?

Die französischsprachige kanadische Provinz Québec hat zweimal über die Unabhängigkeit abgestimmt und sich zweimal dagegen entschieden. Die Separatisten sprechen inzwischen davon, dass sie fürs nächste Referendum «die Umstände gewinnen» müssen. Sie meinen damit, dass der Termin für die Abstimmung so festzulegen sei, dass er in eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs fällt. In Schottland hat das Nein-Lager sehr geschickt auf die wirtschaftlichen Risiken eines unabhängigen Staates hingewiesen.

Mit welchen Folgen?

Es kamen Erinnerungen an Islands Finanzkrise hoch. Eine Befürchtung war, dass der unabhängige schottische Staat im Falle einer Rezession einen Rettungsschirm über seine Banken hätte aufspannen müssen. Ob die schottische Wirtschaft eine solche Rettungsaktion hätte tragen können, war alles andere als klar. Auch hatten schottische Banken damit gedroht, im Falle

Self-determination
Contemporary challenges
of minorities in multi-ethnic societies



Die schottische Politologin Eve Hepburn geht davon aus, dass die geplante Abstimmung zur Unabhängigkeit Kataloniens im November platzt.

Stefan Anderegg

der Unabhängigkeit ihre Hauptsitze nach London zu verlegen.

Schottland war also nicht «fit» genug für den Alleingang?

Die Befürworter der Unabhängigkeit haben den Gegnern Angstmacherei vorgeworfen. Sie wiesen etwa auf Schottlands Öl vorkommen in der Nordsee hin. Weiter ist Schottland die wirtschaftlich zweitstärkste Region Grossbritanniens mit einem soliden Dienstleistungssektor. Die Wähler waren also mit zwei völlig gegensätzlichen Meinungen zur wirtschaftlichen Stärke eines unabhängigen Schottlands konfrontiert. Tatsache ist, dass sie die Kampagne der Separatisten nicht überzeugt hat.

Ist damit das Thema Unabhängigkeit in Schottland vom Tisch?

Vermutlich nicht. Die Gegner haben versprochen, mehr Macht für Schottland in der schottischen Verfassung zu verankern. Das dürfte einige Befürworter und Unentschlossene überzeugt haben, für den Verbleib bei Grossbritannien zu stimmen. Nur: Die Gegner der Unabhängigkeit müs-

sen nun ihr Versprechen einlösen. Erhält Schottland nicht innerhalb der nächsten Monate verfassungsrechtlich mehr Macht, wird es in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren wieder zu einem Referendum kommen.

«Die europäischen Wähler müssen wieder das Gefühl haben, näher bei Brüssel zu sein.»

Als Nächstes wollen die Katalanen Anfang November über ihre Unabhängigkeit abstimmen.

Gibt es Parallelen zu Schottland? In Katalonien wie Schottland ist der Ruf nach Unabhängigkeit seit langer Zeit sehr laut. In beiden Regionen sitzen nationalistische Parteien in den Regierungen, die Referenden für die Unabhängigkeit angesetzt haben. Das sind die Gemeinsamkeiten. Spanien unterscheidet sich von Schottland

beim verfassungsrechtlichen Rahmen. Gemäss spanischer Verfassung sind konsultative Referenden zur Unabhängigkeit von Regionen illegal. Deshalb lässt die spanische Regierung im Gegensatz zur britischen keine Abstimmung in Katalonien zu. Die spanische Regierung hat dazu beim Verfassungsgericht Klage eingereicht. Die Richter haben den geplanten Volksentscheid vorerst gestoppt. Es ist unwahrscheinlich, dass das Verfassungsgericht das katalanische Referendum als legal einstuft.

Schottland und Katalonien sind Gebiete innerhalb demokratischer Staaten, die ein politisch stabiles Umfeld und verbürgte Rechte garantieren. Warum nimmt trotzdem die Sehnsucht nach Unabhängigkeit zu?

Katalonien, Schottland, Flandern, Galicien, Québec und das Baskenland kämpfen deswegen für Autonomie, weil sie das Verhältnis zwischen dem Zentralstaat und ihrer Region neu definieren wollen. Sie haben das Gefühl, dass innerhalb des Staates

ihre regionalen Interessen nicht bestmöglich vertreten und ihre Identitäten nicht bestmöglich bewahrt sind. Die konservative Regierung in London macht eben eine andere Politik als die nationalistische Regierung in Edinburgh. Aus Sicht von Minderheiten ist das ein demokratisches Defizit aufgrund von politischen Abweichungen.

Die EU strebt eine Art vereinigte Staaten von Europa an und predigt gebetsmühlenartig den friedenserhaltenden Wert einer Union europäischer Staaten. Die Realität sieht aber anders aus:

Die Leute definieren sich eher über die Region, in der sie leben. Die EU besteht aus Nationalstaaten, die alle ihre territoriale Integrität bewahren wollen. Da ist es nur logisch, dass die Europäische Kommission darum bemüht ist, dass sich Teile ihrer Mitgliedsländer nicht loslösen. Die EU ist nicht per se gegen die Regionen. Der Maastrichter Vertrag von 1992 sieht beispielsweise den Ausschuss der Regionen vor, der subnationalen Gebietskörper-

schaften mehr Gehör verschaffen soll.

Offenbar ist das nicht genug.

In den 1990er-Jahren war die Aufregung über das «Europa der Regionen» gross. Das ist heute vorbei. Die Leute sind erschöpft vom permanenten Gerede der europäischen Integration. Es ist kein Zufall, dass der Vertrag von Lissabon von 2008 wieder mehr die zwischenstaatliche Natur der EU betont.

Was könnte die EU vom Schweizer Modell lernen?

Die EU kann von verschiedenen Modellen lernen. Die EU hat einen starken Bedarf, mit den Wählern in ganz Europa wieder in eine Beziehung zu treten. Direktdemokratische Mittel, Minderheitenschutz und Föderalismus, wie sie die Schweiz kennt, sind Möglichkeiten dazu. Die Wähler müssen wieder das Gefühl haben, näher bei Brüssel zu sein.

Interview: Jon Mettler

Dr. Eve Hepburn ist stellvertretende Direktorin der Academy of Government an der Universität Edinburgh.

Die Gagausen blicken stramm nach Osten

Der Krieg in der Ukraine hat auch im kleinen Nachbarland Moldau eine beunruhigende Dynamik in Gang gesetzt.

«In Transnistrien hat man im Frühling die Annexion der Krim durch Russland enthusiastisch begrüßt», sagt Hanna Vasilevich, Forscherin am Europäischen Zentrum für Minderheitenfragen in Flensburg. Vom Anschluss an Russland träumt man im schmalen Landstrich, der sich im Sezessionskrieg von 1992 von Moldau de facto losgelöst hat, schon lange. Seither ist Transnistrien eine Miniaturausgabe der Sowjetunion. Bis heute sind dort rund 1500 russische Soldaten stationiert.

Vasilevich referiert und diskutiert an der Minderheiten-Konferenz in Bern im Workshop zum Thema «Selbstbestimmung und Autonomie im postsowjetischen Raum».

Angst vor Dominoeffekt

Warum akzeptiert Moldau nicht einfach die Abspaltung Transnistriens? Die Forscherin mit weissrussischen Wurzeln erklärt es mit dem moldauischen Urang vor einem Dominoeffekt. Und Simon Schlegel, Doktorand am Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung in Halle, ergänzt, dass selbst Russland eigentlich kein Interesse an einer wirklichen Unabhängigkeit habe: «Moskau braucht den unklaren

Status Transnistriens vor allem, um Einfluss in der Region zu behalten.» Russland stehe zu diesem Zweck inzwischen schon ein ganzes «Archipel nicht anerkannter Gebiete» zur Verfügung.

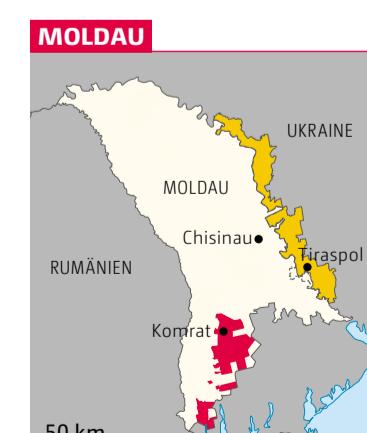
Ebenfalls eine enge Anbindung an Moskau strebt in Moldau nämlich insbesondere die Minderheit der Gagausen an. Über dieses im Westen kaum bekannte christlich-orthodoxe Turkvolk referiert der in der Schweiz aufgewachsene Schlegel an der Konferenz. Rund 150 000 Gagausen leben im Süden des Landes. Das entspricht rund 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von Moldau.

«Die dominierende Unterichts- und Verkehrssprache der Gagausen ist Russisch», erklärt

Schlegel deren Affinität nach Osten. Zudem arbeiten viele Gagausen in Russland. Seit 1994 verfügt die Region – nach langen Verhandlungen mit Chisinau – über einen Autonomiestatus. Der entsprechende Vertrag enthält eine Klausel, welche es den Gagausen erlaubt, eigene Wege zu gehen, sollte sich Moldau, dessen Bevölkerungsmehrheit rumänischsprachig ist, irgendwann mit Rumänen vereinigen.

Gagausen an Putins Seite

Im Juni hat Moldau das Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet. Schon im Februar aber distanzierte sich die autonome Region Gagausen ostentativ von diesem Westkurs. In einer



Konsultativabstimmung sprachen sich 98 Prozent der Gagausen gegen die EU und für den Anschluss an die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufene Eurasische Zollunion aus.

Wahlen im November

Wie es in der früheren Sowjetrepublik Moldau weitergeht, hängt von der Entwicklung in der Ukraine ab. Und von den Parlamentswahlen von Ende November. Dann steht das sprachlich, politisch und territorial zerrissene kleine Land zwischen Rumänien und der Ukraine einmal mehr vor der Frage: West oder Ost? Für die Gagausen ist die Antwort klar. Andreas Saurer

Grafik sgb